DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 – 200 - 1

6-Punkte-Papier für ein sozial gerechtes Sachsen in Europa

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 2. November 2023

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt das 6-Punkte-Papier, als ein Debattenpapier, für ein sozial gerechtes Sachsen in Europa.
Anlagen:	6-Punkte-Papier
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

F.d.R.

Dresden, 02.11.2023

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

6-Punkte-Papier für ein sozial gerechtes Sachsen in Europa

„Die Menschheit kann nur in Solidarität überleben!
Toleranz und Achtung gegenüber jedem einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind von nöten. Eine politische Kultur mit der unser Land, das geeinte, seine besten Traditionen einbringen kann in ein geeintes freies friedliches Europa.“
-Stefan Heym-

Vorwort

Als Landesverband DIE LINKE. Sachsen sind wir seit jeher Träger*in proeuropäischer Perspektiven und stehen für eine internationalistische linke Politik, die nicht an der eigenen Haustür halt macht. Für uns gibt es kein Zurück zum Nationalstaat, im Gegenteil muss die Antwort auf den europaweiten Rechtsruck eine Politik der internationalen Solidarität sein, die auf starken Kommunen und demokratischer Teilhabe fußt. Im vorliegenden Papier möchten wir, in Verzahnung mit dem Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE, fünf Punkte für Sachsen für die kommenden Europawahlen zur Diskussion stellen. Die Europawahl 2024 ist eine Schicksalswahl. Sie wird für die Zukunft der EU und all die darin lebenden Menschen entscheidend sein: in welcher EU wollen wir leben? Einer, in der sich Faschisten die Hand geben und in der eine Politik der nationalen Egoismen Vorrang hat? Oder in einer europäischen Union der Humanität und des solidarischen Zusammenlebens für Alle? Wir streiten für Letzteres, ohne Wenn und Aber.
Die Europa- und Kommunalwahlen müssen zusammengedacht werden. Beide Ebenen sind aufs Engste miteinander verbunden. Die EU, die Politik des Europaparlaments, kann ohne die Regionen und eine starke kommunale Verankerung nicht funktionieren. Genauso wenig ist die EU wegzudenken in der konkreten Arbeit und dem Alltag der Menschen vor Ort. Das zu vermitteln muss unsere Aufgabe sein, genauso wie die enorme Bedeutung der Europawahlen für unser zukünftiges Zusammenleben.
Das 5-Punkte Papier ist ein Vorschlag, all diese Ebenen zusammenzudenken und erste Schwerpunkte für eine linke EU Politik in Sachsen herauszustellen. Denn wir wollen die Europäische Union verändern, mitgestalten und gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen, Schwesterparteien und Genoss*innen vor Ort, in den Parlamenten und Kommunen die EU sozialer, friedlicher und gerechter machen. Dafür braucht es eine starke LINKE im Europaparlament und ein europäisches Profil linker Politik in Sachsen.

Soziale Sicherheit für Alle und ein Leben frei von Armut

Die Politik der Europäischen Union, ihre Entscheidungsebenen und unterschiedlichen Akteuer*innen sind für viele Bürger*innen mitunter kaum greifbar oder transparent. Viel zu oft verhindern mangelnde Transparenz und noch zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten direkte Beteiligungsprozesse und nachvollziehbare, politische Entscheidungen. Dabei ist gerade in den vergangenen Jahren deutlich geworden, dass kein Staat der Welt mehr in der Lage ist, die großen politischen Herausforderungen der Gegenwart allein zu bewältigen. Wir sind mit Problemen konfrontiert wie weltweite Kapital- und Finanzströme, ökologischen Probleme oder auch Digitalisierung und Energiepolitik, die nicht im nationalen Alleingang gelöst werden können. All das kommt bei den Bürger*innen direkt an und hat auf das Leben der Menschen innerhalb der EU direkten Einfluss. Daher setzten wir uns sowohl als Partei DIE LINKE als auch innerhalb unserer Linksfraktion im Sächsischen Landtag für direkte Bürgerbeteiligung in Europa ein. Die Politik der europäischen Union ist auf allen Ebenen unseres Zusammenlebens spürbar und letztlich Teil wichtiger Zukunftsfragen unserer Gesellschaft, auch in Sachsen. Egal, ob Fragen sozialer Sicherheit, Klimagerechtigkeit oder Migration. Deswegen muss es in unser aller Interesse sein, auf europäischer Ebene soziale Garantien und Mindeststandards

herzustellen, um mit der Maxime "Profit vor dem Menschen" und dem brutalem, kapitalistischen Wettbewerb zu brechen. Denn vor allem an der sozialen Frage wird sich die Europäische Union messen lassen müssen. Gegenwärtig leben etwa 120 Millionen Menschen in der EU in Armut, 21 Millionen Menschen sind arbeitslos. Die Jugenderwerbslosenquote in der EU betrug im Juli 2022 sogar rund 14,0 %. Armut in Europa ist immer auch Armut vor Ort, in der Kommune und in der Region - so auch in Sachsen. Wir setzen uns ein für gute Sozialleistungen und dafür, dass Menschen in Würde leben können: weil die Löhne und Renten für ein gutes Leben reichen; weil die öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gebührenfrei sind; weil Wohnen bezahlbar ist, weil die Energiekosten sozial gestaffelt sind. Gesellschaftliche Teilhabe und der Schutz vor Armut sind nicht nur eine Frage der Sozialpolitik.

DIE LINKE hat im Europaparlament erfolgreich mit Gewerkschaften und einer Mehrheit im Europaparlament die Mindestlohnrichtlinie durchgesetzt, nun gilt es diese in Europa durchzusetzen, für Deutschland würde das ein Mindestlohn von 14,12€ bedeuten. Dafür streiten wir! Auch die Menschen, die für die großen Tech-Unternehmen oder Start Ups arbeiten, wie zum Beispiel Lieferando, sollen zukünftig besser bezahlt werden und endlich auch ein Recht auf Pausen und bezahlten Urlaub haben. Für deren Rechte haben wir die Plattformkapitalismus Verordnung mit durchgesetzt und streiten für deren Umsetzung. Wir streiten weiterhin für eine europäische Arbeitslosenversicherung, Wir streiten für gute Löhne in ganz Europa, von denen alle gut leben können. *Unternehmen dürfen ihre Betriebe oder Firmensitze nicht zum Lohn- und Sozialdumping verlagern* (?)oder die Rechtsform wechseln, um Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten auszuhebeln.

Europäische Kommune und kommunales Europa

Das Haus Europa kann nur auf dem Fundament der Kommune stehen und existieren. Beide Ebenen gehören untrennbar zusammen. Die Europäische Union ist vor Ort, in den Kommunen, immer dabei: bei der Versorgung mit Wasser, Strom oder Gas, bei Vergabeverfahren zum Schulneubau, der Regional- und Förderpolitik, der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Landwirtschaftspolitik. 60% der kommunalen Gesetzgebung ist durch die europäische Ebene beeinflusst. Kommunen und Regionen profitieren in vielfältiger Weise von speziellen Förderprogrammen der EU. So gibt es Fördertöpfe, um z.B. den kommunalen Städtebau zu unterstützen, den Ausbau der Infrastruktur, des öffentlichen Nahverkehrs, der Energieversorgung. Es gibt Beihilfen für Regionen, mit denen strukturelle Benachteiligungen vor Ort beseitigt werden können. Über Förderfonds wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) können etwa soziale Projekte Unterstützung erfahren, die der Armutsbekämpfung auf lokaler Ebene dienen und damit der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Auf der anderen Seite wird ein großer Teil der EU-Regelungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Kommunen ohne direkte Beteiligung von Vertreter*innen der Kommunen beschlossen. Hier bedarf es der Vertretung kommunaler Interessen durch ein eigenes „Organ“, das nicht nur informell, sondern über ein Mitspracherecht an der Erarbeitung verbindlicher Rechtsakte und Regelungen der EU beteiligt ist. Als einen sinnvollen Schritt in diese Richtung betrachten wir die Stärkung des Ausschusses der Regionen als wichtigstes Vertretungsgremium der Regionen und Kommunen. Dafür müssen im Rahmen des Mehrebenen-Regierungssystems der EU die Regionen (Freistaat Sachsen) nicht nur über die Subsidiaritätsprüfung hinausgehende Initiativ-, Kontroll- und Beteiligungsrechte erhalten, sondern diese auch für die Kommunen ausgebaut werden. Zugleich müssen die Regionen in den gesamten Gesetzgebungszyklus der EU einbezogen werden, um die berechtigten Interessen der europäischen Regionen und ihrer Bürger*innen bereits frühzeitig einzubringen. EU-Regeln der Haushaltsführung, die sich am Prinzip der Kostendeckung orientieren, erlauben es den Kommunen nicht, quer zu subventionieren, etwa Mehreinnahmen aus einem Posten im Haushalt auf einen anderen Bereich wie z.B. Kultur oder Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu übertragen. Dabei sollte es doch der

Gesetzgebung auf europäischer (wie auf Bundes-, und Landes-) Ebene darum gehen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass vieles von und in den Kommunen selbst entschieden werden kann und die Bürger*innen ermächtigt werden, über die Entwicklung ihres Lebensumfeldes mitzubestimmen. Die Förderung der Vernetzung und des partnerschaftlichen Miteinanders zwischen Regionen und Kommunen, sowie eine intensivere Einbeziehung regionaler und kommunaler Belange in europäische Politik sind im Sinne eines Europas der Regionen unabdingbar.

Für ein nachhaltiges und klimagerechtes Sachsen in Europa

Als LINKE stehen wir für ein Recht auf Energie. Das bedeutet zunächst, dass wir für ein Verbot von Strom- und Gassperren eintreten. Wir wollen Energiepreise deckeln, um Verbraucher*innen vor hohen Kosten zu schützen.
Darüber hinaus stehen wir für den Ausbau kostengünstiger erneuerbarer Energien. Die Kostenersparnisse von Erneuerbaren müssen dabei an die Verbraucher*innen weitergegeben werden, weshalb eine Entkopplung von Gaskraftwerken und dem restlichen Strommarkt notwendig ist. Der Ausbau der Erneuerbaren sollte dabei nicht allein dem Markt überlassen, sondern staatlich koordiniert werden. Deshalb stehen wir langfristig für eine Vergesellschaftung zentraler Teile des Energiesystems: Energie als Gut der öffentlichen Daseinsvorsorge darf nicht den Profitinteressen großer Konzerne dienen, die in der Energiepreiskrise horrende Übergewinne erzielen konnten, sondern ein gutes und würdevolles Leben für alle Menschen ermöglichen.
Deshalb brauchen vor allem Konzerne klare Vorschriften und Vorgaben. Die gegenwärtige Politik der EU und der Bundesregierung führt dazu, dass Menschen, die keine Alternative zum Auto haben, einen höheren Preis für Benzin und Diesel zahlen müssen. Mieter*innen, die keine Möglichkeit haben, ihre Heizung zu ändern, werden gezwungen, höhere Heizkosten zu zahlen. Gleichzeitig werden die Superreichen weiter ungehindert durch die Welt jetten und ihre Villen beheizen, weil ihnen die zusätzlichen Kosten nichts ausmachen. Die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen schwindet dadurch. Unser Ziel ist ein Europa der erneuerbaren Energien, das die Energiewende weg von den fossilen Kraftstoffen schafft. Sachsen muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir brauchen bezahlbare Möglichkeiten grenzüberschreitender Mobilität für Pendler*innen aus den Grenzregionen.

Als LINKE treten wir für einen radikalen Klimaschutz ein, der auch gegen die Interessen der mächtigen fossilen Konzerne durchgesetzt werden muss. Wir stehen für ein Energiesystem ohne fossile Brennstoffe und einen Umbau der Industrie. Die grüne Transformation wollen wir dabei sozial-gerecht gestalten: Mit guten Arbeitsplätzen in neuen Industriezweigen, Job- und Umschulungsgarantien für Menschen in den alten Branchen sowie öffentlicher Planung und Kontrolle zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge. Die Kosten der Transformation müssen gerecht verteilt werden. Kurz: wir brauchen echte Perspektiven für Kohleregionen wie der Lausitz, um dieser Region einen sozial und ökologischen nachhaltigen Strukturwandel zu ermöglichen. Beschäftigte und Bewohner*innen vor Ort brauchen echte Zukunftsperspektiven und vor allem müssen sie aktiv an der Gestaltung dieser Prozesse beteiligt sein.

Ein Europa der Freizügigkeit, Humanität und Solidarität

Für uns gibt es kein Zurück zu geschlossenen Grenzen. Freizügigkeit ist kein Geschenk, sondern ein erkämpftes Recht, das wir nicht wieder preisgeben dürfen. Seit der Wende wurden enge Bande zu polnischen und tschechischen Gemeinden geknüpft, wurde gemeinsame grenzüberschreitende Infrastruktur geschaffen. Das wollen wir ausbauen: Internationale Schulen, Sprachkurse, die Anerkennung von Berufsabschlüssen europaweit. Wir wollen, dass die EU-Mittel dafür weiterhin für INTEREG-Regionen zur Verfügung stehen.

Denn Sachsen liegt nun einmal mitten im Herzen von Europa und hat eine gemeinsame Grenzen von 123 km mit der Republik Polen und 454 km mit der Tschechische Republik. Doch was passiert, wenn Grenzkontrollen eingeführt werden, haben wir insbesondere kurz vor Christi Himmelfahrt 2020 gesehen, denn der Rückreiseverkehr polnischer Arbeiter*innen hat zu einem 50 km langen Stau mit einer Wartezeit bis zu 18 Stunden auf der A4 zwischen Dresden und Görlitz geführt. Zuvor hatte die polnische Regierung ebenso wie die tschechische Regierung an den Grenzen zu Deutschland, Tschechien, der Slowakei und Litauen wieder Kontrollen eingeführt. Für DIE LINKE ist das Reisen ohne Grenzkontrollen innerhalb der EU nicht mehr wegzudenken. Wir stehen hinter dem Recht der europäischen Freizügigkeit, dem Reisen ohne Grenzkontrollen als eine Errungenschaft des europäischen Einigungsprozesses. Grenzschließungen würden sich negativ auf den Alltag vieler Menschen im Dreiländereck zwischen Polen, Tschechien und Sachsen auswirken, denn man lebt in der Region, hat Familie, Freunde und nutzt die Infrastruktur grenzübergreifend. Grenzschließungen haben aber auch immer wirtschaftliche Auswirkungen, denn im Freistaat Sachsen arbeiten über 11.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus Tschechien, darunter mehr als 9.000 Grenzgänger*innen. Eindringlich warnen auch verschiedene Industrie- und Handelskammern die Bundesbehörden vor der Einführung stationärer Grenzkontrollen. Selbst die Gewerkschaft der Polizei beklagt die Unsinnigkeit dieses blinden Aktionismus.

Wir erinnern aber auch daran, dass nach dem 2. Weltkrieg mehr als 40 Millionen Menschen in allen Teilen Europas Zuflucht suchten, allein 14 Millionen in ganz Deutschland. Offene Grenzen muss es weiterhin auch für Menschen in Not geben. Die tödliche Asylpolitik der EU ist ein Abgesang an Humanität und Mitmenschlichkeit.
Wir sind stolz, dass Vereine wie z.B. die Dresdner „Mission Lifeline“ sich diesem Trend entgegensetzen und Menschenleben auf dem Mittelmeer retten. Wir wenden uns gegen jede Kriminalisierung von Lebensretter*innen. Wir kämpfen für ein humanistisches Asylrecht in Europa, dass alle Mitgliedsstaaten zur Beteiligung in die Pflicht nimmt und faire Asylverfahren gewährt. Sowohl geschlossene Lager, als auch „Ankerzentren“ lehnen wir ab. Wir stehen unverbrüchlich für das universelle Recht auf Asyl und arbeiten dafür mit allen demokratischen Kräften zusammen!
Wir streiten für ein faires Miteinander von Einheimischen und Ankommenden. Wir erinnern daran, dass dieses Land von vielen Menschen gemeinsam aufgebaut wurde, im Westen auch mit türkischen, italienischen und jugoslawischen Arbeiter*innen und bei uns in Ostdeutschland mit Menschen aus Vietnam, Mosambik und aus anderen Ländern. Wir als LINKE. wollen, dass das nicht vergessen wird. Wir wollen, dass unsere Städte und Dörfer als Orte der Freundschaft in aller Munde sind. Als Orte, in denen sich alle wohl fühlen können. Schenken wird uns das niemand – deshalb brauchen wir den Dialog und die Hilfe zur Integration und zum besseren Verständnis.
Für uns ist klar: Zur offenen Gesellschaft gibt es keine erstrebenswerte Alternative. Letztlich ist diese für alle in Sachsen lebenden Menschen ein Gewinn.

Ein selbstbestimmtes Europa für Alle

Gleichzeitig erleben wir einen Paradigmenwechsel, weg von einer Gemeinschaft der friedlichen Kooperation hin zu einer Rüstungsunion. Damit gefährden die Regierenden nicht nur die Grundlagen der europäischen Integration, sondern führen sie in eine tiefgreifende Krise der Demokratie. Diese spiegelt sich jetzt schon im massiv wachsenden Nationalismus und dem Aufstieg der europäischen Rechten wieder. Nicht nur die extreme Rechte, sondern auch die Konservativen und sogar einige wenige sozialdemokratische Regierungen - haben die Unzufriedenheit der Menschen kapitalisiert, indem sie Schutzsuchende zum Sündenbock aller Übel gemacht haben. Daneben erfahren überall in der EU Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität und/oder sexuellen Orientierung Diskriminierung; sie erfahren massive Gewalt und

sind von Ausgrenzung betroffen. In unseren Nachbarländern werden so genannte "Lsbti freie Zonen" installiert und, angestachelt von nationalistischen Regierungen, queere Menschen verfolgt und diskriminiert. Und auch in Sachsen ist es für queere Menschen nicht sicher, gibt es Angriffe auf lsbtiaq* Personen und CSDs. Wir erleben hier einen von Konservativen und Rechten geführten Frontalangriff auf Gleichstellungs- und Queerpolitik. Nie waren Frauen*- und Freiheitsrechte so wenig selbstverständlich. Das nehmen wir nicht hin! Wir streiten für die Rechte von lsbtiaq* Personen und für ein gewaltfreies, selbstbestimmtes Leben und das unabhängig vom Geschlecht, der sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität. Wir zeigen uns solidarisch mit allen Betroffenen und werden uns für den Schutz von lsbtiaq* Personen, starke Grundrechte und mehr Sichtbarkeit von queeren Belangen einsetzen. Selbstbestimmung und Menschenrechte enden nicht an den Grenzen von Nationalstaaten. Frauen* und lsbtiaq* Personen fliehen, weil sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind und Gewalt ihnen ein Leben in ihren Heimatländern unmöglich macht. Wir kämpfen für eine Migrationspolitik, die insbesondere die Rechte von schutzbedürftigen Gruppen stärkt. Für ein feministisches, selbstbestimmtes und gewaltfreies Sachsen und Europa! Bedingung hierfür ist der gemeinsame Kampf gegen den europäischen Rechtsruck und eine starke antifaschistische Linke. Hier stehen wir unverbrüchlich an der Seite antifaschistischer Bewegungen, unterstützen zivillgesellschaftliche Bündnisse und Akteur*innen, die sich für Toleranz, Vielfalt und Demokratie stark machen.

Demokratie in Europa stärken

Wir wollen Demokratie- und Legitimierungsdefizite abbauen, ohne dabei die Demokratie einzuschränken, wie es insbesondere reaktionäre Parteien in Europa forcieren. Ein wichtiger Schritt hierfür ist die Stärkung des Europäischen Parlaments als einzige demokratisch gewählte Interessensvertretung der europäischen Bürger*innen. Es muss die Hoheit über den EU-Haushalt haben, ein Gesetzesvorschlagsrecht bekommen und starke Minderheitenrechte erhalten, sodass der Gang vor den Europäischen Gerichtshof erleichtert wird. Damit das nationale Klein-Klein ein Ende hat. Damit sich die einfachen Menschen, Arbeiter*innen, Angestellte, Solo-Selbstständige und Arbeitslose sich die Hände reichen, sich zusammenschließen und erheben können, braucht es echte europäische Parteien und nicht zuletzt eine starke europäische Linke.
Die Bürger*innen müssen ganz klar wissen, wo was entschieden wird und viel stärker daran beteiligt werden. Direkte Demokratie, verbindliche Bürgerentscheide, weniger Hürden und erleichterte Zugänge genauso wie das Einholen von Meinungen und Vorschlägen müssen auf einer neuen Stufe vertraglich geregelt werden. Wir brauchen ein besseres Abbild davon, was auf europäischer Ebene wirklich geschieht, wie Politik dort abläuft und wo sich die Bürger*innen einschalten müssen.
Wir stehen für direkte Beteiligungsmöglichkeiten der sächsischen Bürger*innen, für Mitsprache und Entscheidungen durch einen Bürger*innen-Rat in Sachsen. Weitere Mitsprachemöglichkeiten auf Landesebene über den Sächsischen Landtag aber auch der Ausschuss der Regionen müssen genutzt und vor allem verbindlich in Anspruch genommen werden sowie angebaut werden. Nur so können die Themen, welche die Region betreffen, auch dort ankommen und diskutiert werden. Ein Bürger*innenrat bietet so die Möglichkeit, Menschen aktiv in die politische Willensbildung einzubeziehen. Ein Beispiel dieser Form der Bürger*innenbeiteiligung ist der Citizens Assembly in Irland, welcher die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in dem Land maßgeblich beeinflusst hat.

Unsere Vision...

Die Europawahl ist eine Schicksalswahl, denn es liegt an jeder und jedem Einzelnen, wie diese Zeit in den zukünftigen Geschichtsbüchern beschrieben werden wird: Als eine Zeit des

Aufbruchs und der neuen Chancen oder als eine Zeit des Niedergangs und der Angst? Wir wollen ein Europa aufbauen auf Grundlage einer neuen solidarischen Basis, bei dem die Souveränität der Regionen und Kommunen respektiert wird. Wir brauchen eine EU, die nicht nur über den Markt integriert ist. Wir brauchen eine EU, die über soziale und demokratische Institutionen wie dem EU-Parlament, als starke demokratische Interessensvertretung, politisch integriert wird.
Für uns ist Europa ein Projekt der Solidarität, ein Projekt selbstbewusster Bürger*innen, die ihre eigene Demokratie gestalten. Dazu gehört auch, die Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der Lebensstile, der Träume und Visionen, als dauerhafte Stärke dieses Kontinents anzuerkennen. Freiheit in Gleichheit, Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit und starke Grundrechte sollen dafür ebenso Grundlage sein, wie ein demokratischer Aufbruch in Europa. Unsere Vision ist nicht die nationale Grenzstation. Denn es geht nicht um Nationen, sondern um Menschen. Unser Ideal ist ein Europa der Regionen und der alte Traum einer sozialen Republik, in der alle Menschen frei sein können. Frei von Armut, frei von Gewalt und frei, das eigene Zusammenleben demokratisch zu gestalten.